

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 15 (1974)  
**Heft:** 23

**Artikel:** Die portugiesische KP heute  
**Autor:** Revesz, Laszlo  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1095251>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Laszlo Revesz über ein neu bestimmendes Element in der veränderten Landschaft Westeuropas

# Die portugiesische KP heute

Portugal bereitet sich für den März auf die ersten freien Parlamentswahlen seit Dezennien vor. Aber wenn die Kommunisten und ihre Sympathisanten mit ihren schon kräftig vorangetriebenen Vorbereitungen Erfolg haben, wird das Ausmass an Wahlfreiheit schon sehr eingeschränkt sein. Faschisten und Reaktionäre sollen ausgeschlossen sein. Und für die KP sind Faschisten und Reaktionäre alle Elemente, die mit ihr nicht einverstanden sind, vor allem die demokratischen Gegner der vergangenen und der zukünftigen Diktatur. Durch zielbewusste Einschüchterung und öffentliche Verunglimpfung

behindert bis verhindert die gut organisierte Partei die Bildung politischer Gruppierungen, die ihr nicht genehm sind. Selbst provisorische «Verbündete» wie das Sozialdemokratische Zentrum bedürfen des Polizeischutzes, um überhaupt tagen zu können. Die Zustände erinnern an das Osteuropa der Zeit unmittelbar vor der kommunistischen Machtübernahme von 1948. Und die KP Portugals scheint schon in ihrer Moskautreue beste Gewähr dafür zu bieten, dass dieses Modell wieder aktuell wird. Mit ihr befasst sich hier Prof. Laszlo Revesz.

Es untersteht keinem Zweifel, dass sich das politische Klima Westeuropas seit dem 25. April 1974 in einem solchen Masse geändert hat, dass dies den verantwortungsbewussten Politikern wegen der künftigen Entwicklung Europas Sorgen bereiten muss. Bis zur Gegenwart ist es allein die vorher ganz winzige portugiesische KP, welche aus dem Sturz des faschistischen Caetano-Regimes Nutzen gezogen hat, und zwar auf Kosten jener Kräfte, welche die Hauptlast im Kampf gegen die alte Diktatur tragen.

Die 1921 gegründete und seit 1926 illegale PKP hatte vor einigen Jahren etwa 2000 Mitglieder; am VII. Kongress in Lissabon am 20. Oktober 1974 belief sich aber allein schon die Zahl der Kongressdelegierten auf mehr als 1000, jene der Gäste gar auf mehrere Tausend («Prawda», Moskau, 20. 10. 1974, S. 5). Trotz marxistisch-leninistischer Parteitheorie, nach welcher die KP immer eine Avantgarde, eine kleine revolutionäre Elite sein muss, nahm der Parteivorstand nach dem 25. April sofort Kurs auf die Ersetzung dieser Elite durch eine Massenpartei.

## Die Lüge von der «Hauptkraft» im Kampf gegen die faschistische Diktatur

Die KP Portugals war niemals — wie sie heute behauptet — die «Hauptkraft» im Kampf gegen die faschistische Diktatur. Sie war ohnehin durch Polizeispitzel stark unterwandert, weshalb die oppositionellen politischen Kräfte sie von der Vorbereitung verschiedener Putschversuche und oppositioneller Aktionen systematisch ferngehalten hatten.

Objektivitätshalber muss man betonen, dass die kleine Gruppe der portugiesischen Kommunisten und besonders das sich in Moskau und später in

Prag befindende Auslandszentrum erstrangige Taktiker, geschulte Politiker und moskautreue Internationalisten hatte. Das vom VI. (illegalen) Parteikongress 1965 verabschiedete Parteiprogramm liefert einen überzeugenden Beweis für die taktischen Fähigkeiten der portugiesischen Berufsrevolutionäre. Als Ziele der «demokratischen» — noch keineswegs sozialistischen — und gesamtationalen Revolution wurden in 8 Punkten aufgezählt:

- Zerstörung des faschistischen Staates und Errichtung einer demokratischen (noch nicht sozialistischen!) Ordnung;
- Vernichtung der Macht der Monopole und Förderung der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes;
- Durchführung einer Agrarreform, die denen Land gibt, die es bearbeiten;
- Erhöhung des Lebensniveaus der werktätigen Klassen und des Volkes im allgemeinen;
- Demokratisierung des Schulwesens und der Kultur;
- Befreiung Portugals vom Imperialismus;
- Anerkennung und Gewährleistung des Rechtes der Völker der portugiesischen Kolonien auf sofortige Erlangung ihrer Unabhängigkeit;
- Durchführung einer Politik des Friedens und der Freundschaft mit allen Völkern.

## «Zweitakt-Revolution» oder die gute alte Salamitaktik

Das Programm sah als den einzig möglichen revolutionären Weg für Portugal den Bürgerkrieg vor, in welchem das gesamte Volk gegen das Regime mobilisiert würde. Dabei wurde betont, der revolutionäre Prozess erschöpfe sich nicht in der demokratischen und nationalen Revolution; die KP als Avantgarde des Proletariats erachte den Kampf für die bürgerlich-demokratische Revolution lediglich als einen Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus. Die Partei wolle nach der blutigen Revolution möglichst einen unblutigen Uebergang in die sozialistische Revolution. Die erste Revolution schaffe die Bedingungen für die Machteroberung des Proletariats ohne einen Aufstand. (Vgl.: «Entwurf eines Parteiprogrammes». Communiqué des Zentralkomitees der KP. «Informationsbulletin» (IB), Wien, Nr. 15/1965, S. 832—835. Aus: «Avante», Februar 1965. — Ferner: «Die Kommunistische Partei Portugals und die national-demokratische Revolution» in «Probleme des Friedens und des Sozialismus», Prag, Nr. 9/1965, S. 770—776.)

Die KP hielt also an der «Zweitakt-Revolution» fest: Zuerst gemeinsam mit allen Oppositionellen, hauptsächlich mit Intellektuellen und dem Bürgertum, gegen die Diktatur und nachher gegen das Bürgertum für die Errichtung der Diktatur des Proletariats. In der ersten Etappe Zusammenarbeit mit allen in der Patriotischen Front der Nationalen Befreiung (FPLN) zusammengeschlossenen und andern im In- und Ausland tätigen oppositionellen Kräften; eine Distanzierung von den gestrigen Verbündeten kommt erst nachher!

Als Taktik beschloss die Partei folgendes: Weitgehende Ausnützung der legalen und halblegalen Möglichkeiten in der Agitation; Infiltrierung der damaligen staatsgebundenen Gewerkschaften; eine besonders enge Zusammenarbeit mit den legalen, einheitlichen Studentenorganisationen und mit den übrigen zugelassenen Jugendorganisationen; Infiltrierung der offiziellen faschistischen Organisationen (wie Gewerkschaften, Volkshäuser und zunftartige Organisationen); Infiltrierung der Armee.

«An den Sieg des Aufstandes ist nicht zu denken, wenn der faschistische Militärapparat nicht durch die Aktionen der demokratischen Kräfte geschwächt und untergraben wird, wenn keine organisatorische, erzieherische und mobilisierende Arbeit geleistet wird, um einen Teil der Armee auf die Seite des Volkes zu ziehen und seine Teilnahme am bewaffneten Kampf zu garantieren, um einen bedeutenden Teil jener bewaffneten Kräfte zu neutralisieren, die sich nicht zum Kampf auf seiten der Aufständischen entschliessen werden.»

## Berechneter «Antiradikalismus»

In der FPLN standen die Kommunisten immer in der «Mitte»; sie distanzieren sich entschieden von jenen Kräften, die verfrüht und unvorbereitet Gewaltaktionen gegen die Regierung organisieren wollten oder sogar durchführten. Wie einer der portugiesischen Emigranten, Vasco Moura, schrieb, würden solche Terrorakte unbedingt misslingen und die Schwächung der Opposition nach sich ziehen: «In verschiedenen Kreisen dieser kleinbürgerlichen Revolutionäre reifen terroristische Ideen heran. Ihrer Ansicht nach sollte man mit Bombenanschlägen beginnen, jetzt kleine Terrorakte verüben, z. B. jeden Tag einen Polizisten ermorden. Diese Idee ist geradezu lächerlich, doch unsere linksradikalen Elemente verteidigen sie hitzig, auch wenn sie diese bis jetzt in der Praxis noch nicht verwirklicht haben.» Die Pläne für Putschversuche des Militärs lehnten die Kommunisten ab, da diese ohne

«Die UdSSR stellt die Zitadelle des internationalen Proletariats dar, das zweite Vaterland der Werktätigen der kapitalistischen Länder. (...) Der Patriotismus der Kommunisten ist von ihrer Treue zum proletarischen Internationalismus nicht zu trennen. (...) Hinter der KPdSU, dem Vortrupp der internationalen kommunistischen Bewegung, stehen die übrigen kommunistischen Parteien. (...) Das Programm der KPdSU (...) widerspiegelt die Erfahrung der internationalen kommunistischen Bewegung, der internationalen Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung. (...) Deshalb hat heute jede KP zwei Programme: das eigene (...) und dasjenige der KPdSU (...), die Richtlinie aller Handlungen.»

Alvaro Cunhal. «Prawda», Moskau, 9. 11. 62



Alvaro Cunhal

die aktive Teilnahme des «Volkes» durchgeführt werden sollten — was natürlich eine Schwächung der KP innerhalb dieser Koalition zur

## Moskau war und bleibt das Mass

Im Zeichen einer gemässigten politischen Linie ergab sich eine gewisse Verständigung und Zusammenarbeit mit der französischen KP, und zwar in erster Linie auf der Grundlage der eindeutigen Treue zur Moskauer Linie. (Vgl.: «Gemeinsames Communiqué der Kommunistischen Parteien Frankreichs und Portugals», IB, Nr. 16/1965, S. 920—922.)

Der Eckstein der politischen Linie der PKP war und *bleib* nämlich die Freundschaft mit der Sowjetunion, was praktisch natürlich die Anerkennung der Führungsrolle der KPdSU bedeutet. Diese «unerschütterliche» Treue zum Zentrum der Weltbewegung kam sogar Mitte der sechziger Jahre zum Vorschein, als anderswo doch gewisse Tendenzen zum Polyzentrismus bestanden. Im Mai 1965 nahm das ZK der PKP zu den Problemen der kommunistischen Weltbewegung offiziell Stellung, es verurteilte die Abweichungen von der Moskauer Linie und verlangte die Wiederherstellung der Einheit der Bewegung.

### Auf den Genossen Cunhal ist Verlass

Der portugiesische Parteichef betonte auch weiterhin die Treue seiner Partei. Auf der kommunistischen Weltkonferenz in Moskau im Juni 1969 sagte er u. a. folgendes: «Die reaktionären Kräfte haben den Antisowjetismus zur Hauptlinie ihres Kampfes gegen die kommunistischen Parteien erhoben. Dabei hilft ihnen die Politik der rechten Sozialisten und pseudorevolutionären Gruppen. Einen tragischen Fehler würde jede Bruderpartei machen, wenn sie der Meinung wäre, dass es leichter ist, nationale Aufgaben zu lösen oder politische Bündnisse zu schliessen, wenn sie von der KPdSU abrückt oder ihr gegenüber eine Haltung der ständigen Kritik einnimmt.» Pflichtgemäss betonte er die Unabhängigkeit der einzelnen kommunistischen Parteien — wie dies auch alle osteuropäischen, direkt moskauhörigen Parteien tun, in deren Statuten jedoch die Führungsrolle der KPdSU in der kommunistischen Weltbewegung expressis verbis verankert ist. Gleichzeitig gab er indirekt allen Anwesenden bekannt, dass sich die PKP den Interessen der gesamten kommunistischen Bewegung (praktisch — infolge ihrer Führungsrolle — der KPdSU) unterordnet: «Jede Partei muss ihre eigene politische und taktische Linie selbst festlegen. Eine marxistisch-leninistische Partei setzt aber Unabhängigkeit nicht mit nationaler Begrenztheit, Isolierung und Separatismus gleich. Sie betrachtet ihre eigenen Interessen nicht im Gegensatz zu den Interessen der gesamten kommunistischen Bewegung oder ausserhalb dieser. Die Unabhängigkeit jeder Partei ist nicht zu

Folge gehabt hätte (Vasco, a. a. O. S. 775 und 776).

Wegen dieses vorsichtigen Vorgehens verlor die KP die Sympathie der FPLN, welche sie eine «opportunistische» Organisation nannte, besonders in den sechziger Jahren, als die KP die Terroraktionen der «Bewaffneten Revolutionären Aktion» (ARA) direkt bekämpfte. Wegen dieser und ähnlicher Schwierigkeiten konnte also das kommunistische Minimalprogramm, die Einheitsfront der «demokratischen Kräfte», nicht zustande kommen. (Vgl.: «Die Kommunistischen Parteien der Welt», Herausgegeben von C. D. Kernig, Freiburg-Basel-Wien 1969, S. 423—431.)

trennen von ihrer internationalistischen Politik.» (Vgl. IB, Nr. 11—15/1969, S. 150—151.)

Kurz vor dem 25. April 1974 weilte Generalsekretär Alvaro Cunhal zu einem Besuch in der Sowjetunion und gab dort ein Interview, in welchem er u. a. erklärte: «Die Erfolge der Politik der friedlichen Koexistenz, die vor allem auf die Friedenspolitik der Sowjetunion zurückzuführen sind, begünstigten den Kampf des portugiesischen Volkes für Freiheit und Demokratie... Wir sehen unser wichtigstes Anliegen darin, auch künftig die Freundschaft und Solidarität mit dem grossen Sowjetland unermüdlich zu festigen, das ein glänzendes Beispiel für die fortschrittlichste und demokratisch meistentwickelte Gesellschaft, die je bestanden hat, und die bestimmende Kraft der Weltentwicklung ist. Wir portugiesischen Kommunisten wünschen dem ruhmvollen Sowjetvolk, das von der Partei Lenins geführt wird, von ganzem Herzen neue Erfolge und Siege.» (Alvaro Cunhal: «Vergebliche Scheinliberalisierung», IB, Nr. 7/1974, S. 53.) Die Verbundenheit der PKP mit Moskau ist also offenbar, und es besteht kein Zweifel daran, dass sowohl die frühere als auch die heutige Taktik auf einer völligen Uebereinstimmung mit Moskau beruht. Ihr Generalsekretär bietet Moskau

Gewähr dafür, dass in Portugal nichts gegen seinen Willen geschehen wird. Der 61jährige Parteichef ist heute zweifelsohne einer der fähigsten und intelligentesten Taktiker der kommunistischen Weltbewegung, wodurch die Möglichkeiten der PKP noch grösser werden als aufgrund der reinen Kräfteverhältnisse. Die dritte Ausgabe der «Grossen Sowjetenzyklopädie» schreibt (Bd. 14, S. 11 — Moskau 1973) folgendes über ihn:

«Geboren am 10. 11. 1913 in Coimbra, Funktioniär der PKP und der internationalen Arbeiterbewegung. (!) Er wurde in der Familie eines Rechtsanwaltes geboren. 1931—1935 war er Student der Rechtsfakultät der Lissaboner Universität, wo er die illegale Liga der Freunde der Sowjetunion sowie eine Sektion der MOPR (Internationale Organisation der Arbeiterhilfe) errichtete. 1935 trat er der PKP bei. Er leitete die illegale kommunistische Organisation der Universität. 1935—1940 war er Generalsekretär des Bundes der kommunistischen Jugend Portugals. Seit 1936 ist er Mitglied des ZK der PKP. 1936/37 nahm er am nationalen Befreiungskampf des spanischen Volkes teil. Seit 1938 ist er Mitglied des Sekretariates des ZK der PKP (mit Unterbrechungen). Er nahm an der Reorganisation der Partei 1940/41 aktiv teil, welche auf die Erweiterung der Kontakte mit den Massen ausgerichtet war. 1937/38, 1940 und 1949—1960 befand er sich im Gefängnis. Er wurde gefoltert. Im Januar 1960 flüchtete er aus der Festung Peniche zusammen mit einer Gruppe leitender PKP-Funktioniäre. Seit 1961 ist er Generalsekretär der PKP.»

Es ist auffällig, dass die sowjetische Quelle die wichtige Tatsache verschweigt, dass Cunhal in seiner 14jährigen Emigration zuerst in Moskau und später in Prag weilte.

### Der Testfall der CSSR-Besetzung

Für seine Moskautreue ist vielleicht die Rechtfertigung der Besetzung der Tschechoslowakei am 21. August 1968 charakteristisch, da diese in der PKP zu gewissen Meinungsverschiedenheiten



KP-Führer Cunhal: Wer gegen ihn auftritt, wird als Faschist behandelt, dem die politischen Rechte zu entziehen sind.

führte. Der kommunistische Geheimsender in Portugal, «Radio Freies Portugal», meldete nämlich am 25. August eine scharfe Verurteilung der sowjetischen Invasion durch die portugiesische KP («Die kommunistischen Parteien der Welt», S. 431). Wahrscheinlich kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Auslands- und Inlandszentrum der Partei in dieser Frage. Cunhal rechtfertigte dann in seiner Rede auf der kommunistischen Weltkonferenz im Juni 1969 die Haltung der PKP:

«Die Erfolge einer jeden KP, die unter den Bedingungen des Kapitalismus kämpft, sind nicht zu trennen von der Existenz, den Erfolgen, der Unterstützung der sozialistischen Länder und den internationalen Auswirkungen ihrer Siege. Unter den sozialistischen Ländern ist die Sowjetunion dank ihren Erfolgen und Erfahrungen, dank ihrer wirtschaftlichen und militärischen Macht, dank der wirksamen und vielfältigen Hilfe, die sie den Werktätigen und Völkern der ganzen Welt leistet, das mächtigste Bollwerk der revolutionären Kräfte. Ihre Hilfe garantiert den Schutz des ganzen sozialistischen Lagers.

Keine Partei kann heute sagen, dass sie die Revolution nur mit eigenen Kräften vollzieht. In der gegenwärtigen internationalen Lage können die inneren Kräfte eines Landes, in dem die proletarische Revolution gesiegt hat oder siegen wird, angesichts des vom Imperialismus ausgeübten Druckes nicht allein die Festigung des erlangten Sieges, die Entwicklung und den Schutz der sozialistischen Gesellschaft sichern. Wenn eine imperialistische Aggression oder Ak-



Die Bündnisfrage: Sozialistenführer und Aussenminister Mario Soares.

tionen konterrevolutionärer Kräfte die Macht der Werktätigen in einem sozialistischen Land bedrohen, ist es die heilige Pflicht der übrigen sozialistischen Länder und der ganzen internationalen Arbeiterbewegung, sie zu schützen» (IB, Nr. 11—15/1969, S. 150).

An der Spitze der PKP steht also ein hochintelligenter Intellektueller, ein bedingungsloser Anhänger Moskaus, was Moskaus Stellung im künftigen Portugal beeinflussen wird.

der PKP als einen «spürbaren Widerspruch in Portugal», dass «einerseits eine demokratische Politik geführt wird, andererseits aber die Wirtschaft des Landes weiterhin in den Händen von monopolistischen Gruppen bleibt. Dieser Widerspruch schafft ernsthafte Schwierigkeiten auf dem Wege der demokratischen Gesellschaft». (Zitiert in der «Prawda», 1. 9. 1974, S. 5.)

Ein Leitartikel der zentralen PKP-Zeitung «Avante» griff Ende August die führenden Wirtschaftskreise an, da diese bestrebt seien, das wirtschaftliche Leben Portugals lahmzulegen; die Bekämpfung dieser Kräfte verlange weitgehende Wirtschaftsreformen und Massnahmen gegen das Monopolkapital. (Zitiert in «Uj szo», Pressburg, 24. 8. 1974, S. 2.) Dass die Kampagne gegen «die obere Schicht» — deren Grenzen natürlich immer niedriger gezogen werden müssen — noch vor dem 25. April geplant wurde und zur obligatorischen Taktik aller Kommunisten gehörte und gehört, beweist die Tatsache, dass das portugiesische ZK schon in seinem Beschluss vom 4. Mai auf die Gefahr der «Konspiration, der Provokation und der konterrevolutionären Aktion der Faschisten wie auch auf die Bemühungen der Potentaten des Geldes, ernste Störungen in der Wirtschaft, in den Finanzen und in der Versorgung zu schaffen» (Punkt 5 in: IB, Nr. 8—9/1974, S. 2). In der Erklärung vom 17. Juni beklagte sich das ZK der PKP, dass «das Grosskapital ungestraft grosse Schwierigkeiten für die portugiesische Wirtschaft bereitet» (IB, Nr. 14/1974, S. 13), und Anfang August rief «Avante» die portugiesischen «Kapitalisten» zynisch auf, sie sollten endlich begreifen, dass die faschistische Diktatur nicht mehr zurückkehren werde. (Zitiert in «Prawda», 11. 8. 1974, S. 5.) Cunhal rief in seiner Erklärung vom 2. September die «demokratischen Kräfte» auf, «die Machenschaften der Unternehmer und Grossgrundbesitzer» zu zerschlagen, die die Verpflegung sabotieren und desorganisieren wollen — wie es hiess. (Zitiert in «Prawda», 3. 9. 1974, S. 4.) Der am 20. Oktober eröffnete Parteikongress verabschiedete die «antimonopolistische Wirtschaftsstrategie» im erwähnten Sinne, wobei er mit der Unterstützung aller «demokratischen und fortschrittlichen Kräfte» rechnete. (Vgl. «Prawda», 22. 10. 1974, S. 4, und 29. 10. 1974, S. 4.)

Die Salamitaktik verriet indirekt selbst Cunhal

## Die PKP-Taktik nach dem 25. April

Die PKP-Taktik seit Ende April 1974 verrät eindeutig «Moskaus Hand in Portugal». Das gleiche taktische Vorgehen wie in den osteuropäischen «Volksdemokratien» nach dem Zweiten Weltkrieg unter sowjetischem Diktat. Durch eine geschickte Taktik — sie verrät immer nur die aller-nächsten Pläne zuhanden der grossen Öffentlichkeit und verschweigt die weiteren oder stellt sie direkt in Abrede —, verbunden mit einer scharfen Klassendemagogie, kann sie trotz ihrer heutigen numerischen Schwäche Erfolge garantieren. Sie setzt von Anfang an die «Salamitaktik» ein: zuerst gegen die höheren Schichten zusammen mit den mittleren, dann gegen diese mit der Hilfe der unteren Schichten, immer nach der Regel des «divide et impera».

### Regierungsbeteiligung und Reserven

Die PKP wandte sich gegen die erste provisorische Regierung von Prof. Palma Carlos, da diese — wie es heisst — konservativ war und einem antidemokratischen Regime den Weg geöffnet hätte. Sie feierte daher die Bildung der zweiten provisorischen Regierung als Niederlage des Konservatismus und der Reaktion sowie als Sieg der Demokratie (Erklärung der PKP vom 17. 7. 1974 in: IB, Nr. 14/1974, S. 12—13).

Im Sinne ihrer früheren Erklärungen und auch des Programmes ergriff sie die erste Möglichkeit, um an der Koalitionsregierung teilzunehmen, ohne dies von der Annahme ihres Achtunkteprogrammes von 1965 abhängig zu machen. Das ZK der PKP erklärte schon am 4. Mai, es sei für die «Teilnahme aller Parteien und aller repräsentativen demokratischen Sektoren (einschliesslich der PKP) an dieser Regierung» (Erklärung, Punkt 3, in: IB, Nr. 8—9/1974, S. 2).

Wahrscheinlich stiess jedoch Cunhals Beteiligung an der Regierung bei den in taktischen Fragen weniger gebildeten und elastischen Parteileuten auf Kritik, weshalb er am 2. Juni in einem Interview für die Moskauer «Prawda» erklärte, die PKP habe dieselbe Politik wie die Regierung; deshalb sei die Verbindung des Postens eines Ministers und des Generalsekretärs der PKP zulässig. Ausserdem sei der Ministerposten nicht an die Partei, sondern ans Individuum gebunden («Prawda», 3. 6. 1974, S. 4).

Auch in seinem Interview mit der Nachrichtenagentur Prensa Latina am 20. August kehrte er zu diesem Problem zurück: «Die portugiesische KP nimmt an der Leitung des Staates teil. In der provisorischen Regierung betreiben wir die gleiche prinzipientreue Politik wie in den Werken, in den Städten und Dörfern. Die Partei hält es für ausserordentlich wichtig, dass in den Machtorganen die Interessen der Werktätigen vertreten und verfochten werden. Unserer Meinung nach wäre es ohne die Mitarbeit von Vertretern der portugiesischen KP in der Regierung unmöglich, den Demokratisierungsprozess im Lande erfolgreich zu verwirklichen» (IB, Nr. 15/1974, S. 6).

### Wer anders denkt ist ein Faschist

Die portugiesische Parteiführung begann bald nach der Errichtung der ersten provisorischen Regierung mit der Anwendung der Salamitaktik im Zeichen einer intoleranten Politik gegenüber Andersdenkenden, die einfach als Faschisten oder Vertreter der volksfeindlichen Monopole bezeichnet wurden. In einem Interview für die bulgarische zentrale Parteizeitung «Otetschestven Front» bezeichnete es der Generalsekretär

in einem Interview Anfang Oktober: «Gegenwärtig hat das Privatkapital im neuen Portugal unbedingt einen Platz und eine Rolle. Es stellt sich Tag um Tag heraus, dass die Kapitalisten in Portugal keinen Grund zur Angst haben. Es ist lediglich notwendig, dass das Privatkapital in der Förderung der Wirtschaft auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielt, aber mit etwas kleineren Gewinnen, als es bisher der Fall war.» Gleichzeitig stellte er Privatkapital und Monopole einander entgegen und sagte: «Als Kommunist halte ich die umfassende antimonopolistische Strategie der Regierung für wichtig, ich möchte aber gerne auch konkrete Massnahmen sehen.» (Zitiert in «Uj szo», 10. 10. 1974, S. 1/2.)

### Die Forderung nach «vollumfänglichen Säuberungen» im Staatsapparat

Auch in der Frage der Säuberung des Staatsapparates geht die PKP nach dem osteuropäischen Rezept 1945—1948 vor. In seinem Interview mit der kubanischen Presseagentur Prensa Latina verlangte Alvaro Cunhal die Verhinderung eventueller subversiver Tätigkeit der Staatsbeamten und Staatsorgane durch umfassende Säuberungen (zitiert in «Uj szo», 24. 8. 1974, S. 2), da — wie Cunhal in seinem Interview mit der eigenen Zeitung «Avante» erklärte — sich einige «Glieder» des Staatsapparates der antikommunistischen Kampagne angeschlossen hätten («Prawda», 11. 8. 1974, S. 5). In der Parteierklärung nach dem 28. September — der gescheiterten Aktion der «schweigenden Mehrheit» — verlangte die KP eine «vollumfängliche Säuberung» des Staatsapparates und rief das Volk auf, wachsam zu sein («Prawda», 30. 9. 1974, Seite 3).

### Ab Abschaffung der Pressefreiheit als Anliegen der «Demokratisierung»

In jeder Erklärung des Generalsekretärs sowie im Beschluss des VII. Parteikongresses bzw. des ZK wird der «Demokratisierungsprozess» verlangt, ohne dass dessen Inhalt je genauer definiert worden wäre. Empört darüber, dass es Massenmedien gibt, welche das Vorgehen der Kommunisten missbilligen und kritisieren, verlangen jetzt die Kommunisten eine Einschränkung der Presse- und Demonstrationsfreiheit.

In einem Interview für die eigene Zeitung sagte Cunhal u. a., es gehe darum, «ob man es erlauben kann, die Pressefreiheit gegen die Bewegung der Streitkräfte, die provisorische Regierung (und) die demokratischen Parteien zu missbrauchen». (Zitiert in «Uj szo», 10. 8. 1974, S. 3.)

### Massnahmen gegen «verbrecherische» (d. h. antikommunistische) Propaganda

Die politische Kommission (= Politbüro) des ZK der PKP beschuldigte noch etwas früher, am 3. August, in einer Erklärung die «Untergrundorganisationen», welche von mächtigen Finanzgruppen unterstützt würden und eine wütende «profaschistische und antikommunistische Kampagne» eröffnet hätten. «Zehntausende provokatorischer Plakate werden gedruckt und angeklebt, in welchen kaum drei Monate nach dem Sturz der Diktatur erneut die Ideologie und die Methoden des Faschismus propagiert werden. Die PKP betont, dass der Antikommunismus zum Kampf gegen jegliche Freiheit und Demokratie missbraucht wird (wer Antikommunist ist, ist Feind der Demokratie, wie in Osteuropa nach 1945 — LR), und ruft die Bevölkerung zum Widerstand gegen die konterrevolutionären Machenschaften der Reaktion auf.» (Zitiert in «Prawda», 4. 8. 1974, S. 3.)

Anfang September verlangte Cunhal in seiner Erklärung «Massnahmen gegen die verbrecherische Propaganda, welche Verleumdungen, bewusste Lügen und Anschwärmungen (nämlich über die PKP) verbreitet» («Prawda», 3. 9. 1974, S. 4).

Im September protestierte die PKP gegen die Existenz einer nicht regierungsabhängigen Informationsagentur («Prawda», 25. 8. 1974, S. 4).

Einerseits stellte sich die PKP hinter die Regierung, welche das Recht auf Demonstrationen, Streiks und die Meinungsfreiheit anerkannte, andererseits verlangte sie, dass diese Rechte nicht gegen den undefiniert gebliebenen Demokratisierungsprozess ausgenutzt werden: «Ist es erlaubt, Demonstrationen zwecks Provokationen gegen die demokratische Richtlinie der portugiesischen Politik zu missbrauchen? Darf man dulden, dass die Faschisten und die sogenannten ‚Linken‘ in Zusammenarbeit oder mindestens parallel miteinander eine unruhige und provisorische Atmo-

sphäre schaffen...?» fragte Cunhal und antwortete darauf: «Eine solche Haltung beweist, dass man die Situation nicht begriffen hat, dass man zusammen mit der Reaktion den Demokratisierungsprozess sabotieren will.» (Zitiert: «Uj szo», 10. 8. 1974, S. 3.)

### Demonstrationsfreiheit nur für Gleichgesinnte

Diese Erklärung richtete sich teilweise sogar gegen die Regierung bzw. deren bürgerliche und sozialdemokratische Mitglieder. Dementsprechend rief die PKP-Zeitung «Avante» am 17. Juni die Bevölkerung auf: «Entlarvt jene, welche die demokratischen Rechte missbrauchen, um politische Provokationen gegen die Teilnehmer des Demokratisierungsprozesses... zu organisieren.» Auch die Redaktion des PKP-Zentralorgans vertrat die Meinung, die demokratischen Rechte dürften nur zur Stärkung des Demokratisierungsprozesses gebraucht werden («Prawda», 18. 6. 1974, S. 5). Das liest sich genau so, wie wenn man die Erklärungen und Massnahmen der sowjetischen Kommunisten 1918—1921 und jene der osteuropäischen Kommunisten 1945—1948 lesen würde!

### Das gute Beispiel Lenins

Wie seinerzeit Lenin 1917 sind auch die heutigen portugiesischen Kommunisten für die Wahlen in eine konstituierende Versammlung. (Cunhals Interview mit der «Humanité» am 29. April, zitiert in: IB, 8—9/1974, S. 8/9.) Ende Juli war es nicht mehr sicher, ob die PKP an den Wahlen eigene Kandidaten auf eigener Liste aufstellen oder gemeinsame Listen befürworten will. «Eines aber ist sicher: Wie auch immer die Entscheidung darüber ausfallen mag, die PKP wird in den künftigen Wahlen nicht isoliert dastehen» (IB, 14/1974, S. 16). Später wurden immer wieder die «freien» Wahlen verlangt, und in diesem Zusammenhang erklärte Cunhal im Oktober: «Die Kommunisten unterstützen die Wahlen; das Gegenteil zu behaupten ist eine Verleumdung. Wir wollen freie Wahlen, und wie wir schon erklärten, werden wir die Resultate achten, wenn die Wahlen tatsächlich frei sein werden. Der Anteil der auf die Kommunisten zu vereinigen Stimmen ist dabei eine zweitrangige Frage. Das Hauptanliegen besteht darin, dass eine Mehrheit entsteht, welche alle demokratischen Kräfte umfasst.» («Uj szo», 10. 10. 1974, S. 1—2). Wer wird aber entscheiden, ob die Wahlen frei waren oder nicht? Lenin verlor im Dezember 1917 die Wahlen in die konstituierende Versammlung und erklärte gleich, der Volkswille komme nicht in den abgegebenen Stimmen, sondern in den praktischen Aktionen der Volksmassen zugunsten der Bolschewiken zum Ausdruck. Als dann die konstituierende Versammlung das bolschewistische Konzept nicht akzeptierte, liess sie Lenin am 5. Januar 1918 durch seine bewaffneten Organe auseinanderjagen.

In Portugal ist eine entscheidende Entwicklung im Gange. Sollten die moskautreuen Kommunisten im März 1975 gestärkt aus den Wahlen herauskommen, so bedeutet das Einfluss auch auf die spanische KP. Die Ausstrahlung der PKP auf diese Partei wird zweifelsohne erweitert und auch sie zur vollständigen Treue zu Moskau zurückführen. Der erste Schritt in dieser Richtung wurde schon getan, indem das kürzlich stattgefundenen Treffen der sowjetischen und spanischen Parteiführung eine Identität der Meinungen feststellte (Kommentar Seite 5). ■



Ministerpräsident Gonsalves: Wird er freie Wahlen garantieren können?